

# Neonazis dürfen nicht marschieren

Lübeck verbietet Demo nach breitem Protest

**Lübeck/Kiel.** Nach einer gemeinsamen Resolution von Innenminister, DGB, Unternehmensverband und Kirche sowie Türkischer und Jüdischer Gemeinde verbietet Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe nach langem Zögern die Demonstration von Rechtsextremisten am 31. März in der Hansestadt. Ob es bei dem Verbot bleibt, wird sich vermutlich vor Gericht entscheiden.

Von Thomas Christiansen

Die jüngsten Ereignisse rund um die rechtsterroristische NSU und die Zwickauer Terrorzelle legten die Befürchtung nahe, dass von der Versammlung Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehe, sagte Saxe (SPD) gestern. „Die rechtsextreme Szene in Deutschland strebt nicht mehr nur danach, ihre widerliche Ideologie zu verbreiten, sie greift jetzt auch zu terroristischer Gewalt“, so die Stadt. Außerdem gebe es Hinweise, die auf eine Gewaltbereitschaft des Teilnehmerkreises schließen lassen. Ein Verbot sei auch gerechtfertigt, weil der Marsch zu einer erheblichen Störung der seit Jahrzehnten in Lübeck vorhandenen Gedenkkultur für die Opfer der Bombardierung führe. Ähnlich wie in Neumünster, wo die NPD für den 1. Mai eine Demonstration angemeldet hat, ruft auch in Lübeck ein breites Bündnis zu Gegenveranstaltungen auf. Gegen das Verbot können die Anmelder einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht Schleswig stellen. Saxe zeigte sich aber optimistisch, dass das Gericht der Begründung der Stadt folgen werde.

Seit Jahren nutzen rechte Gruppen den Jahrestag der Bombardierung Lübecks im Zweiten Weltkrieg Ende März

für einen sogenannten Trauermarsch. Innenminister Klaus Schlie (CDU) hatte Saxe mehrfach aufgefordert, die Demonstration zu verbieten. Gestern Vormittag hatte sein Ministerium eine Resolution veröffentlicht, die zu Zivilcourage gegen Neonazis und zum Verbot der Demonstration aufruft. „Für Rechtsextremisten ist kein Platz in dieser Stadt und unserem Land!“, erklären Schlie, DGB Nord-Vorsitzender Uwe Polkaehn, UV Nord-Präsident Uli Wachholtz sowie das Bischofskollegium der Nordelbischen Kirche und die Vorsitzenden der Türkischen und der Jüdischen Gemeinden. Gemeinsam mit den Bürgern der Stadt „schauen wir diesem unwürdigen Treiben nicht tatenlos zu“, so die Unterzeichner. Unterstützt wird die Initiative auch von Landtagspräsident Torsten Geerds.

Ein NPD-Verbotsverfahren kann nach Einschätzung von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) in diesem Jahr kaum noch auf den Weg gebracht werden. „Selbst wenn wir die V-Leute abschalten, müsste noch umfangreiches Material beschafft und Belege geliefert werden, die ein Verbotsverfahren rechtfertigen“, sagte die Ministerin im Interview mit den Kieler Nachrichten. **Kommentar, mehr Seite 2**